

Zitate: „Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“ Daniel Cohn-Bendit, Bündnis90/Die Grünen.

Zitat Angela Merkel, erschienen am 7. Mai 2017 in *Jewsnews*: **„Deutschland wird ein islamischer Staat werden. Die Deutschen müssen sich damit abfinden“.**

EU • **„Alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern (sind) verboten.“** heißt es im Art. 63 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU. Der EU-Binnenmarkt hat auch weitreichende Folgen in der Steuerpolitik. **So sind die Gewinnsteuersätze für Kapitalgesellschaften (Körperschaftssteuer) im Durchschnitt der EU-28 zwischen 1995 und 2016 von rd. 35% auf knapp über 22% gefallen** – also um deutlich mehr als ein Drittel. **Konzerne zahlen immer weniger Steuern. Dafür wurden Umsatzsteuern auf den Konsum erhöht, was die Bürger, besonders Menschen mit wenig Einkommen trifft.** Erst durch dieses Verbot von Kapitalverkehrskontrollen wird dem Kapital die Möglichkeit geboten, die Staaten zu erpressen und im „Standortwettbewerb“ gegeneinander auszuspielen. Dadurch wurde in allen EU-Staaten ein **enormes Gewinnsteuere dumping ausgelöst, von dem in erster Linie die großen Konzerne profitieren.** Auch in Österreich wurden die Körperschaftssteuersätze deutlich gesenkt (von 34% auf 25%) und den Konzernen großzügige Steuergeschenke offeriert, **z.B. durch die Gruppenbesteuerung, die es Unternehmen ermöglicht, Gewinne im Inland mit Verlusten von Tochterfirmen im Ausland gegen zu verrechnen.** Fazit: Das Verbot von Kapitalverkehrskontrollen unterläuft letztlich jede Form demokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die an der breiten Mehrheit der Bevölkerung orientiert ist. **Denn jede wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahme, die den großen Kapitalgruppen zuwiderläuft, kann von diesen sofort mit der Drohung des Kapitalabzugs unterlaufen werden. Das Verbot von Kapitalverkehrskontrollen ist im EU-Primärrecht einzementiert,** das heißt, es kann nur geändert werden, wenn das alle 28 EU-Staaten gleichzeitig mit Verfassungsmehrheit beschließen. Das ist faktisch unmöglich. Wer wieder Kapitalverkehrskontrollen – als Voraussetzung einer demokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik – einführen will, kommt daher an der Frage des Austritts aus den EU-Verträgen nicht umhin. **Das war mit ein Grund, warum sich die großen Konzerne und die Finanzindustrie so stark für die Gründung der Europäischen Union einsetzten.**

• Einem internen Bericht der EU-Kommission an das EU-Parlament und den Rat zufolge, **wäre eine Bargeld-Abschaffung sinnlos und würde auf heftige Gegenwehr der Bürger stoßen.** Aus dem Bericht geht demnach hervor, daß **eine Bargeld-Abschaffung keinen Nutzen bei der Bekämpfung der Terrorismus-Finanzierung hat.** Zudem auch keine positiven

„Durch die Aufspaltung der Wähler in das politische Parteiensystem können wir sie dazu bringen, ihre Energie für Kämpfe aufzubrauchen, für Fragen die keinerlei Bedeutung haben“.
Montagu Norman, Gouverneur der Bank of England von 1920-1944, bei einer Ansprache vor der Bankiersvereinigung in New York 1924



Auswirkungen auf das Problem der Steuerhinterziehung. **„Eine bedeutende Form des Steuerbetrugs wird durch bargeldlose Transaktionen durchgeführt,** wobei der Betrug auf komplexen rechtlichen Strukturen und Operationen beruht, die oft multinationaler Natur sind **und keine Bargeldnutzung erfordern.** In diesen Fällen wäre ein Verbot von Barzahlungen völlig ineffektiv“, heißt es in dem Bericht. **Nicht zuletzt lehnen große Teile der Europäer eine Einschränkung des Bargeld-Gebrauchs ab.** Aus einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie der Kommission ging hervor, daß **95% der Befragten eine Begrenzung der Barzahlungen auf EU-Ebene ablehnen.** Zudem gaben 99% der rund 30.000 Befragten aus ganz Europa an, daß sie für sich persönlich oder ihr Geschäft keinen Nutzen in einer Bargeld-Beschränkung erkennen. Die Kommission schreibt, daß „Restriktionen von Barbezahlungen für die Bürger Europas ein heikles Thema sind“, **da „viele von ihnen die Möglichkeit, mit Bargeld zu bezahlen, als fundamentale Freiheit einstufen, welche nicht beschränkt werden sollte.“**

• Die EU will **6,5 Mrd. Euro** für den Ausbau von Straßen gen Osten ausgeben, um diese **panzertauglich** zu machen. In den Medien ist immer von Herrn Juncker (EU) und Herrn Stoltenberg (NATO) die Rede, die sich um den Zustand unserer Straßen "sorgen". **Wenn das wirklich durchgeführt wird, würde dies aber auch russischen Panzern in Richtung Westen nutzen.**

• Die EU-Kommission hat angekündigt, daß **die Klimaziele der Europäischen Union deutlich erhöht werden sollen. Die EU müsse bis zum Jahr 2030 die Senkung der Treibhausgase um 45 Prozent, im Vergleich zu 1990, verbindlich zusagen.** Damit will die EU ein klares Signal an die Vereinten Nationen senden, daß noch mehr gegen die globale Erderwärmung getan werden müsse. Seit in den USA Donald Trump Präsident geworden ist, sei der Klimaschutz in der Krise, so der EU-Klimakommissar. Denn Trump habe das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 gekündigt. Schließlich dürfte es nicht nur darauf hinauslaufen, daß die Energie-

wende in den Vertragsländern vorangetrieben wird, sondern auch **bald Steuern auf CO₂ erhoben werden dürften. Der menschengemachte Klimawandel ist reine Propaganda**, dafür sprechen viele anderslautende Aussagen von Klimaexperten und Meteorologen. **Forschungen von Klimatologen haben ergeben, daß das Pariser Abkommen so gut wie nichts bewirken werde. Der Einfluß ist auf den Klimawandel vollkommen vernachlässigbar, selbst wenn alle getroffenen Auflagen von den Ländern eingehalten werden sollten.** Immer mehr Wissenschaftler sind der Ansicht, daß CO₂ kein Klimakiller ist. Aber warum wird CO₂ so verteufelt? **Das Kyoto-Protokoll bietet bis heute die Grundlage für die Rechtfertigung von immensen Klimasteuern und legitimiert das sogenannte Geoengineering (Chemtrails u.a.) – ein gigantisches Geschäft!**

• **Die Schweden und Dänen lehnen die EU zunehmend ab und wollen die „Nordische Union“ bilden.** In beiden Ländern haben sich durch die **verhältnismäßig hohe Zahl an Migranten Parallelgesellschaften und Ghetto-artige Stadtviertel** gebildet. Schweden gehörte zu den Ländern, die 2015 und 2016 die meisten Migranten unkontrolliert ins Land gelassen hat. Die schwedische Regierung bekam dafür die Quittung – **Bandenkriege unter Migranten sind an der Tagesordnung. Besonders viele und brutale Gewaltverbrechen sind gegen Frauen verübt worden. Die Polizei wird kaum Herr der Lage.** Dänemarks Ministerpräsident Rasmussen will bis 2030 die Ghettos auflösen. Er will ein Dänemark ohne Parallelgesellschaften. Was Rasmussen als Ghettos bezeichnet, sind **Wohngebieten mit mindestens 50 Prozent Ausländern, Arbeitslosigkeit von über 40 Prozent und einer besonders hohen Kriminalitätsrate** im Verhältnis zur dänischen Gesamtbevölkerung. Zudem soll **Flüchtlingen per Gesetz die Aufenthaltsgenehmigung entzogen werden**, wenn sie nach drei Jahren immer noch Sozialhilfe vom Staat beziehen. Dänemark sei ein Land mit einem einzigartigen Wohlfahrtssystem, das Generationen von Dänen aufgebaut haben. Dänemark „sei nicht das Sozialamt für Bürger anderer Länder“. **Die Mehrheit der Schweden und Dänen lehnen inzwischen sogar die EU ab und wollen lieber eine „Nordische Union“.** In einer Umfrage antworteten sie, daß sie eine Union mit den Nachbarn **Norwegen, Finnland und Island** bevorzugten. Zu diesem Ergebnis kam das Meinungsforschungsinstitut Sentio für die

norwegische Zeitung *Klassekampen*. Die Umfrage wurde in Norwegen, Schweden und Dänemark gemacht. **Auch andere Länder der EU denken bereits über einen EU-Austritt nach.** Die Visegrád Staaten Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechei überlegen, **ob sie nicht auch ein Bündnis außerhalb der EU schließen sollten.**

• **Ukraine: 70.000 Roma warten auf "besseres Leben" in der EU.** Für viele Roma aus Südosteuropa ist bereits jetzt Mitteleuropa, also vor allem Österreich und Deutschland, das Ziel für ein "besseres Leben", was auch immer sie darunter verstehen. Hier könnte es nun Konkurrenz aus der Ukraine geben, wenn sich auch von dort die Roma auf der Grundlage eines liberalen EU-Grenzregimes auf den Weg in den Westen machen.

• **Italien: „Gerettete Schutzsuchende“ (= Invasoren) organisieren sich jetzt in mafiosen Strukturen** und sind für die italienische Mafia bereits eine direkte Konkurrenz. Allein der Anblick dieser Leute **löst bei vielen Einheimischen Besorgnis und eine Vorahnung auf das aus, was von diesen „Flüchtlingen“ in Zukunft zu erwarten ist.** Man hätte bloß auf den nigerianischen Präsidenten Muhammadu Buhari hören müssen, der die Europäer eindringlich in einem Interview mit dem *The Telegraph* davor **warnte, seine Landsleute aufzunehmen. Diese Auswanderer sind zumeist kriminelle Glücksritter**, meint der Präsident. Nun bauen Afrikaner eine „fünfte“ Mafia in Italien auf. So ist unter anderem beispielsweise der heruntergekommene Badeort **Castel Volturno bei Neapel fest in nigerianischer Hand**, berichtet die Basler Zeitung - **30.000 Einwohner, davon 20.000 Migranten.** Da liest man auch von einem blutigen Kampf rivalisierender nigerianischer Gangs in Ferrara. Während dreier Tage seien mit Äxten, Macheten und Pistolen bewaffnete Nigerianer immer wieder aufeinander losgegangen und hätten die Stadt mit den weltberühmten Renaissancebauten in eine Kriegszone verwandelt. Viele junge, teils minderjährige Nigerianerinnen **arbeiten als Billigprostituierte ihre Schlepperschulden ab.** Die nigerianischen Banden kontrollieren den Kokainhandel und haben sich neben den eingeborenen Syndikaten als „fünfte Mafia“ etabliert. **Die nigerianische Mafia, auch „Schwarze Axt“ genannt, gegründet von Ex-Militärs, sei die „mitleidloseste Mafia weltweit“**, urteilt der Kriminologe Alessandro Meluzzo. **Die »Schwarze Axt« - die schlimmste Mafia der Welt breitet sich in Italien aus** - und sie wird auch vor Mitteleuropa nicht Halt machen.

Monsanto – Glyphosat – Bayer Der **US-Konzern Monsanto, den Bayer jüngst für rund 63 Milliarden US-Dollar übernommen** hat (mit neuen Schulden finanziert), sieht sich mit einer enormen Klagewelle konfrontiert. Bis Ende Juli hätten rund **8000 Klagen** vorgelegen, sagte Vorstandschef Werner Baumann am Donnerstag in einer Telefonkonferenz mit Analysten. Bisher waren mehr als 5000 Klagen bekannt. **Der Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft ist umstritten und führt immer wieder zu Protesten von Umweltschützern.** Eine in **Argentinien** durchgeführte **wissenschaftliche Studie wies das in der Landwirtschaft eingesetzte Herbizid Glyphosat sowie andere Chemikalien im Regenwasser nach. Unterdessen verbot ein Gericht in Brasilien vorläufig den weiteren Einsatz des Herbizids.** In 80 % der

Regenwasserproben wurden Glyphosat und Atrazin nachgewiesen. Diese beiden Mittel zur Unkrautvernichtung beherrschen heute den Markt in Argentinien. Die Wissenschaftler kritisierten, daß sich die **chemischen Produkte von Monsanto-Bayer in der lateinamerikanischen Landwirtschaft immer weiter verbreiteten, doch kaum Informationen über deren Auswirkungen in der Atmosphäre in dieser geographischen Region vorhanden seien.** Auch in **Brasilien** gibt es starken Widerspruch gegen die gentechnisch veränderten Agrarpflanzen und die damit verbundene Anwendung von Chemikalien. Die brasilianische Richterin des 7. Distrikts der Regionaljustiz, Luciana Raquel Tolentino, hat am 20. August angeordnet, **daß die brasilianische Regierung den Verkauf und die Verwendung von Produkten zu verbieten habe, die**

chemische Wirkstoffe wie Glyphosat enthalten. Das gerichtliche Verbot richtet sich neben Glyphosat noch gegen mehrere Agrochemikalien und **betrifft auch Abamectin oder Avermectin sowie das Fungizid Thiram und das Pflanzenschutzmittel Paraquat.** Richterin Tolentino verordnete außerdem, **daß Brasiliens Regierung keine neuen Erzeugnisse mehr zulassen darf, die Wirkstoffe wie Parathion, Methyl, Lactofem, Phorat, Carbofuran, Abamectin, Qitan, Paraquat und Glyphosat enthalten. Zudem sollen alle Zulassungen für Produkte mit diesen Substanzen gestrichen werden,** heißt es in dem Urteil. Der **Direktor des Agrar-Branchenverbandes ABAG, Luiz Lourenco, kritisierte die Anordnung: „Ohne diese Produkte kann keine Landwirtschaft betrieben werden.“**

Gentechnisch verändertes Saatgut ist nun bereits in unserer täglichen Nahrung gelandet. Innerhalb

Österreich - Griechenland • Das österreichische Finanzministerium widerspricht Aussagen von Finanzexperten, wonach die Griechenland-Hilfe für Österreich ein Verlustgeschäft gewesen sei. Tatsächlich habe Österreich bis Ende des vergangenen Jahres von Griechenland um 99 Mio. Euro mehr an Zinsen kassiert als es für das an die Griechen weitergereichte Darlehen selbst bezahlen mußte, berichtete das Ö1-"Journal um acht".

Um Griechenland ein Darlehen über knapp 1,6 Mrd. Euro geben zu können, mußte Österreich selbst einen Kredit aufnehmen und muß dafür Zinsen zahlen. Richtig sei aber, daß man für Griechenland die Zinsen gesenkt und die Laufzeit verlängert habe, weshalb die Griechenlandhilfe weniger Gewinn abgeworfen habe als erwartet. Und wenn **die Kreditlaufzeiten bis 2060 gehen und möglicherweise noch weiter verlängert werden,** dann stellt sich natürlich die Frage, ob Griechenland auch regelmäßig weiter **das Kapital bedienen wird bzw. kann oder will.**

Im wahrsten Sinne des Wortes „schwarz“ sieht der ehemalige linke Finanzminister Griechenlands, Yanis Varoufakis, für die ökonomische Zukunft seines Heimatlandes. Und das ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als Griechenland nach dem Auslaufen des dritten internationalen Rettungspaketes wieder auf eigenen finanzwirtschaftlichen Beinen stehen soll. Laut Analyse von Varoufakis seien die Staatsschulden in den letzten Jahren nicht weniger, sondern mehr geworden. Die längere Zeitspanne zum Abstoppen der Schulden würde nur trügerisch sein. Die 289 Milliarden Euro, die als vergünstigte Kredite Griechenland vor der totalen Staatspleite gerettet hätten, seien nur der Preis für eine Verschnaufpause gewesen. Spannend wird laut Varoufakis und anderer Ökonomen, wie sich Griechenland jetzt ohne Rettungsschirm auf den internationalen Märkten mit neuen Krediten versorgen kann und zu welchen Konditionen. Mit diesen Schulden und der maroden griechischen Wirtschaft kann das Land seinen Rückzahlungsverpflichtungen niemals nachkommen! Daher fordert auch der IWF weitere Schuldenschnitte und weitere "Reformen" und vor allem Privatisierungen (privare (lat.) = berauben). Die Staaten der Eurozone hatten Griechenland zuletzt noch einmal Kredite als Finanzpolster und Schuldenerleichterungen gewährt. Außerdem wurde vereinbart, den Beginn von Zins- und Rückzahlungen älterer Kredite um

von fünf bis höchstens zehn Jahren werden sich wesentliche Teile der weltweiten Nahrungsmittelversorgung in den Händen von nur vier global agierenden Großkonzernen befinden. Eine besondere Entwicklung ist das »Terminator-Saatgut«.

Es läßt nur eine Fruchtfolge zu und ist als Saatgut nicht wieder verwendbar. Damit wird sichergestellt, daß Saatgut jedes Jahr neu erworben werden muß. Zur Zeit üben diese Firmen in Zusammenarbeit mit der US-Regierung einen enormen Druck auf Europa aus, damit **auch hier alle Schranken gegen genmanipuliertes Saatgut fallen.** Der Bayer-Tochter Monsanto droht in den USA mit ihrem **Unkrautvernichtungsmittel Dicamba** neues Ungemach. Die beiden größten unabhängigen Saatgut-Händler des Landes, Beck's Hybrids und Stine Seed, wollen laut *Reuters* bei den US-Behörden erreichen, daß Dicamba von Landwirten zunächst nicht mehr eingesetzt werden darf.

weitere zehn Jahre hinauszuschieben – was faktisch ein Schuldenschnitt ist. **Fazit: Griechenland kann ohne Transfer-Zahlungen aus dem Norden nicht überleben.** Der Bluff fliegt auf, die Menschen verarmen, **Griechenland ist schlicht am Ende. Griechenland hängt am Tropf der EU** und weiterer Gläubiger. Wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse schlimmsten Ausmaßes, wenn das die Zukunft der Euro-Zone sein soll, dann wird es hier nach Einschätzung von Beobachtern eher früher als später brennen.

• Selbstbewußt bis frech präsentieren sich einzelne "Flüchtlinge", wenn es darum geht, den Staatsbürgern der Aufnahmeländer zu sagen, wie sich diese gegenüber Asylwerbern und Migranten zu verhalten hätten. Ein besonders „selbstbewußter“ Flüchtling scheint Aras Bacho zu sein, ein Syrer, der in der Bundesrepublik Deutschland seinen Aufenthalt dazu nutzt, **den Österreichern in einem „offenen Brief“ Verhaltensregeln gegenüber Migranten zu erklären.** Die Tageszeitung *Österreich* hat in ihrer Online-Ausgabe einen Auszug daraus veröffentlicht: So meint Aras, daß Österreicher neben ihren Steuerleistungen gefälligst auch noch freiwillige Spenden für die Flüchtlinge leisten sollen: **"Tch bin dafür, daß jeder Österreicher Geld an Flüchtlinge spendet, oder sie vielleicht bei sich zu Hause aufnimmt.** Viele Österreicher meinen, eine Spende ist die, die ich monatlich in die Staatskasse zahle und dies wiederum findet sich später bei Flüchtlingen. Diese Aussage kritisiere ich unaufhaltsam, weil sie falsch ist. Derjenige, der Steuern zahlt weiß, die Steuern sind nicht freiwillig, sondern eine Pflicht. Pflichten sind nicht freiwillig und deshalb sollte man es nicht als Spende bezeichnen."

"Österreicher müssen Flüchtlinge bei sich im eigenen Heim aufnehmen - diese Forderung wird beiden Seiten zu Gute kommen. Wie ich oben erwähnt habe, kann die Integration nur gelingen, wenn beide Seiten daran arbeiten. Dies funktioniert, **wenn Flüchtlinge auch bei Österreichern wohnen** – wiederum werden Wörter ausgetauscht und der Österreicher kann die Amts-Briefe an den Flüchtling lesen und auf in einfacher Sprache dem Flüchtling erklären."

• **Laut Aussagen von Griechenlands Premier Tsipras soll die Bundeskanzlerin einen ganz „besonderen“ bilateralen Migrationsdeal mit Griechenland vorgeschlagen haben. Angeblich soll sie Griechenland weitere Hilfszahlungen aus**

deutschen Steuergeldern versprochen haben. Tsipras müsse nur dem von ihr vorgeschlagenen bilateralen Migrationsabkommen zustimmen und er würde weitere Finanzspritzen bekommen – auch wenn die auf dem ESM basierenden, geforderten Reformen in Griechenland nicht umgesetzt würden. **Kanzlerin Merkel hat Griechenland also Gelder in Milliardenhöhe versprochen, wenn das Land auf ihren Migrationsdeal eingeht.** Merkel hatte anscheinend vor, sich ihre „europäische Lösung“ für das Migrationsproblem zu erkaufen **und dann der Öffentlichkeit weiszumachen, daß sie es geschafft hat, eine „europäische**

In Kürze ♦ **Südafrika** hat mit der **entschädigungslosen Enteignung** von Farmland begonnen. Die Regierung hatte in jüngster Zeit Gesetzesänderungen eingebracht, welche eine Enteignung der meist weißen Farmer ermöglicht. Die ersten 139 weißen Farmer werden vom Regime bereits enteignet ♦ Ein Ende der **Überfischung der Meere** ist nicht in Sicht. Von den modernen Fischerschiffen gehen bis zu 25% des Fangs tot als Beifang wieder ins Meer – diese Fische wollen die Konsumenten nicht. ♦ Eine schlimme Entwicklung zeichnet sich in der Pharmaindustrie ab. Die Politik in Deutschland öffnet nun die Tür zu einem ganz großen Geschäft. Die *SZ* hat angekündigt, **Kinder sollten demnächst das umstrittene „Medikament“ Ritalin gegen ADHS (Aufmerksamkeits-Hyperaktivitätsstörung) bereits bei einer sogenannten mittelschweren „Ausprägung“ bekommen.** Der Begriff ADHS ist überhaupt erst von der Pharmaindustrie erfunden worden, um die Betroffenen zu stigmatisieren. **Ritalin wirkt wie eine Droge!** ♦ **Obwohl der Vatikan selbst kaum Migranten aufgenommen hat und das auch nicht beabsichtigt,** wird **Papst Franziskus** nicht müde, sich für Illegale einzusetzen. **Er hat die Flutung Europas mit Afrikanern und Muslimen als zentrales Anliegen erklärt** und zeigt sich auch immer öfter medienwirksam mit Asylforderern. **Papst nennt sie „Krieger der Hoffnung“ und fordert weitere Massenmigration.** ♦ Jordanisches Fernsehen: **Moslemische Gelehrte diskutieren ganz offen, wie sie Deutschland dem Islam unterwerfen wollen und welche Steuern dann fällig werden.** Kein Widerspruch seitens der Moderatoren. Und werfen gleich die Frage auf, wie hoch die religiöse Zwangssteuer

Positives • In **Indien** haben sich mehrere Bundesstaaten auf den Weg gemacht, mit politischen Entscheidungen und finanzieller Förderung **ihre Landwirtschaft komplett auf Bio umzustellen oder den Einsatz von Pestiziden zu verbieten.** Am weitesten ist der kleine Bundesstaat **Sikkim**, in dem seit 2016 100 Prozent der Landwirtschaft Bio-Kriterien folgt. Letzte Woche gab nun auch der Bundesstaat **Andhra Pradesh** bekannt, daß die **rund 6 Millionen Bauernfamilien des Staates spätestens ab 2024 ohne Pestizide arbeiten werden.** Damit wickeln die indischen Bundesstaaten die Grüne Revolution aus den 1960er Jahren ab. Sikkim, der zweitkleinste von Indiens 27 Bundesstaaten und liegt im Himalaya. **Seit**

Lösung“ zu finden. Griechenland war sicherlich nicht das einzige Land, dem Gelder in Milliardenhöhe versprochen wurden. Zudem: **Bundesregierung wegen wachsender Flüchtlingsrücklage in der Kritik laut Bild schon 24 Milliarden Euro für weitere Einwanderer zur Seite gebracht.** Gut 12 Mrd. Euro waren es am Anfang, **die Schäuble zurückstellte, „um die zusätzlichen Leistungen zur Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu finanzieren** Die Realität aber sieht anders aus: Mittlerweile ist die Flüchtlingsrücklage **auf rund 24 Milliarden Euro angewachsen.** Und das ist noch lange nicht das Ende.

(Dschizza) sein müsse, **die man Deutschland abverlangen wird, damit dort noch das Christentum praktiziert werden dürfe.** ♦ **Afrikanische SPD-Referentin meint: Deutsche haben kein Recht auf Heimat!** „Heimat bezeichnet bloß die

Rückbesinnung auf ein Deutschland, das es so nie gegeben hat“, **meint die zum Team des senegalesisch-stämmigen SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby gehörende Referentin.** ♦ **In Deutschland halten sich etwa 700.000 abgelehnte Asylbewerber auf.** Die Bundesregierung antwortet zudem, **daß monatlich rund 100 Personen nach Deutschland wiedereinreisen, obwohl sie eine Einreisesperre erhalten haben.** Im Juni hielten sich in Deutschland laut Ausländerregister über 6.000 Personen trotz Wiedereinreisesperre auf. Auf Anfrage, **weshalb rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber trotz dieser Sperre wieder nach Deutschland einreisen können, antwortete die Bundesregierung, daß „bei Schutzsuchenden auf eine Zurückweisung an der Grenze zu verzichten ist“.** ♦ **In den vergangenen 17 Jahren bekamen mehr als 2,2 Millionen Fremde die Deutsche Staatsbürgerschaft geschenkt.** In der Statistik, auch bei Verbrechen sind sie nun "Deutsche".

1994 regiert der Bauernsohn Pawan Chamling als Ministerpräsident. Schon 2003 beschloß das Landesparlament, die Landwirtschaft komplett auf Bio umzustellen. Rund 60.000 landwirtschaftliche Betriebe wurden zertifiziert. Der Staat investierte in die Ausbildung der Bauern und schaffte die Subventionen für Kunstdünger Schritt für Schritt ab. **Bis 2016 hatte der ganze Bundesstaat auf Bio umgestellt.** Das sehr erfolgreiche Beispiel Sikkim erregte in Indien große Aufmerksamkeit. Die **Bio-Revolution, die sich gerade in Indien vollzieht,** wird bisher international kaum wahrgenommen. Dabei könnte sie die Welt stark verändern.



